



Niederschrift

über die
**15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Arbeit und Gesundheit am 03.06.2026
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Ingolf Lienau	
Abg. Doris Brandt	Vertretung für Abg. Nils Bassen
Abg. Harald Hauschild	Vertretung für Abg. Henning Cordes
Abg. Michaela Holsten	
Abg. Hans-Jürgen Krahn	Vertretung für Abg. Willi Bargfrede
Abg. Detlef Kück	Vertretung für Abg. Marvin Heinrich
Abg. Susanne Mrugalla	
Abg. Tam Ofori-Thomas	
Abg. Joy Rosenberg	
Abg. Günter Scheunemann	Vertretung für Abg. Erich Gajdzik
Abg. Bernd Sievert	Vertretung für Abg. Erika Schmidt bis 15:58 Uhr
Abg. Marsha Weseloh	
Abg. Norbert Wolf	

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Flake	Ab 14:54 Uhr
Herr Helmut Sündermann	

Verwaltung

Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Herr Jens Hedicke (Amt 53)
Frau Sandra König (Amt 53)
Herr Stefan Fuchs (Amt 53)
Frau Antje Brünjes (Amt 50)
Herr Niklas Köstermann (Amt 50)

Entschuldigt:

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Marie-Thérèse Kaiser

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 04.03.2026
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Konzept zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1157
- 6 Strategisches Gesamtkonzept „Jugend und Soziales“, hier: Jugendhilferahmenkonzept und Sozialkonzept
Vorlage: 2021-26/1148
- 7 Fortschreibung des Psychiatrieplans im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1163
- 8 Bericht über die Pflegesituation im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1158
- 9 Bericht des Gesundheitsamtes zu Sonderaufgaben
Vorlage: 2021-26/1162
- 10 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 11 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Lienau eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 04.03.2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	6

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

a) **Rechtskreiswechsel Ukrainer**

Frau Colshorn berichtet darüber, dass im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart ist, dass Ukrainer, die nach dem 01.04.2025 eingereist sind, Leistungen nach dem AsylbLG erhalten, sofern sie bedürftig sind. Dazu ist eine Übergangsregelung vorgesehen: Der Wechsel in das AsylbLG erfolgt mit Ende des individuellen Bewilligungszeitraums der SGB II- bzw. SGB XII-Leistung.

Derzeit liegt ein Gesetzesentwurf vor, der sich seit mehreren Monaten in der Beratung befindet. Wann genau mit einem Gesetz gerechnet werden kann, ist aktuell noch offen.

Mit Stand 11.05.2026 sind hiervon 308 Personen / 200 Bedarfsgemeinschaften aus dem Rechtskreis SGB II und 25 Personen aus dem Rechtskreis SGB XII betroffen.

b) **Dritte Reformstufe KJSG – Stand Zusammenführung der Eingliederungshilfe U18**

Im Rahmen der Reform des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz befasst sich der Landkreis Rotenburg (Wümme) derzeit intensiv mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf. Bisher dazu vorliegende Stellungnahmen prognostizieren einen zusätzlichen Personalbedarf bzw. einen weiteren Kostenanstieg in der Kinder- und Jugendhilfe. Das weitere Gesetzgebungsverfahren bleibt abzuwarten.

c) **Stand Projekt Pooling Schulassistenten**

Um dem erheblichen Kostenanstieg bei den Schulbegleitungen entgegenzuwirken, wird geprüft, ob diese künftig nicht mehr ausschließlich für einzelne Kinder, sondern für mehrere Schülerinnen und Schüler gemeinsam einsetzbar sind. Es ist geplant, nach Abstimmung mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung, ein Pooling-Projekt mit einer geeigneten und kooperationsbereiten Schule durchzuführen. Der aktuelle Gesetzesentwurf (vgl. oben) sieht zudem die Möglichkeit einer Gesamtleistung für mehrere leistungsberechtigte Personen vor. Sobald die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sind, könnte eine entsprechende Testphase gestartet werden.

Auf Nachfrage von **Abg. Rosenberg** und **Abg. Brandt**, teilt **Frau Colshorn** mit, dass eine Schule als Pilot mit dem Projekt starten soll. Die Entscheidung, welche Schule dies konkret sein wird, ist Teil des geplanten Projektes. Zudem wird eine Evaluierung des Projektes erfolgen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Konzept zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/1157

Frau Brünjes stellt die Vorlage vor und merkt an, dass Arbeitsgelegenheiten (AGHs) beispielsweise Tätigkeiten im Bauhof oder in einer Schulmensa sein könnten.

Auf Nachfrage von **Abg. Mrugalla**, berichtet **Frau Brünjes**, dass es bereits Interessenten für die AGHs gibt. **Frau Colshorn** ergänzt, dass die Teilnahme freiwillig ist und die Asylbewerber von den Kommunen angeworben werden.

Abg. Brandt merkt an, dass die AGHs positiv für soziale Kontakte sind und die Interessenten dadurch u.a. besser Deutsch lernen können. Sie erhofft sich eine positive Entwicklung, damit es zukünftig mehr als 50 Interessenten gibt. **Frau Brünjes** teilt auf Nachfrage mit, dass die 0,80 € pro Stunde der gesetzlichen Regelung entspreche und anrechnungsfrei sind.

Frau Colshorn weist abschließend darauf hin, dass auch der zusätzliche Personalbedarf im Sozialamt und die Entwicklung der AGHs im Rahmen der Evaluation geprüft werden müssen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Das vorliegende Konzept zur Einführung und Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Strategisches Gesamtkonzept „Jugend und Soziales“, hier: Jugendhilferahmenkonzept und Sozialkonzept**
Vorlage: 2021-26/1148

Frau Colshorn stellt die Vorlage vor.

Abg. Brandt weist im Zusammenhang mit dem Handlungskonzept Übergang Schule – Beruf darauf hin, dass im Landkreis Rotenburg (Wümme) im Jahr 2025 lt. eines Presseberichtes 191 Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen haben (11 %). Im Landkreis Harburg habe danach die Quote vor fünf Jahren ebenfalls bei 11 % gelegen und sei seitdem auf 6% gesunken.

Frau Colshorn erläutert, dass allen Schülern die Angebote des Jugendberufszentrums neben dem Schulangebot zur Verfügung stehen. Sie betont, dass die Verantwortung für das Erreichen von Schulabschlüssen nicht allein bei staatlichen Institutionen liege: Auch die Eltern haben eine wichtige Rolle, ihre Kinder bei der Berufsorientierung und – wahl sowie auch der Inanspruchnahme von Angeboten zu unterstützen.

Sie ergänzt, dass die Hintergründe für den Schulabgang ohne Schulabschluss der im Presseartikel dargestellten 191 Schüler nicht bekannt seien. Das liege im Wirkungskreis der Schule. Die Schule habe nach dortiger Auskunft eine Vielzahl von Angeboten, Schüler einem Abschluss zuzuführen. Fehlende Schulabschlüsse hätten vielfältige Ursachen. Ziel aller staatlichen Institutionen im Forum Schule-Beruf sei es, allen Schülern passende Angebote für eine Ausbildungs- bzw. Arbeitsaufnahme zu vermitteln. Die Kontakte zum Jugendberufszentrum werden bereits ab der 8. Klasse gemeinsam mit der Schule aufgebaut.

Auf Nachfrage von **Abg. Mrugalla** und **Abg. Sievert** informiert sie, dass Schulen Daten zu den betreffenden Schülerinnen und Schülern aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht herausgeben dürfen. Es werde bis zum nächsten Bericht zum Handlungskonzept im Ausschuss nachgehalten werden, ob und wenn ja welche Umstände im Landkreis Harburg zu dem Rückgang um 6% geführt haben.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Kreistag stimmt dem anliegenden Gesamtkonzept als strategischem Steuerungsinstrument zur Qualitätsentwicklung im Aufgabenfeld „Jugend und Soziales“ in der anliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Fortschreibung des Psychiatrieplans im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/1163

Frau Colshorn stellt die Vorlage vor.

Abg. Brandt merkt an, dass die Anlaufstellen überwiegend in den größeren Kommunen angesiedelt sind und aufgrund der unzureichenden ÖPNV-Anbindung nur schwer erreicht werden können. Lange Wartezeiten von bis zu zwei Jahren stellten zudem eine erhebliche Belastung für die Betroffenen dar. Daher sei es wichtig, mehr Ärzte und Fachkräfte für den psychosozialen Bereich zu gewinnen.

Ergänzend weist **Abg. Mrugalla** darauf hin, dass ein Therapiebeginn mit Wartezeiten für die Betroffenen verbunden sei.

Frau Colshorn informiert, dass der Sicherstellungsauftrag für Therapien und die Ärztesituation bei den Krankenkassen liege und nicht beim Landkreis. Der Landkreis bietet den Bürgern im Rahmen seines Auftrages bereits ergänzende Unterstützungen, z.B. durch die Finanzierung der Beratungsstelle oder kommunale Maßnahmen für Kunden des Jobcenters.

Abg. Wolf verdeutlicht, dass der Landkreis bereits viel tut. Das System sei jedoch sehr komplex und die Haushaltslage des Landkreises sei zudem zu beachten.

Abg. Brandt warnt davor, dass Suchterkrankungen zukünftig ein größeres Thema werden. Es darf daher nicht nur kurzfristig gedacht werden. Es werden auch für diesen Bereich Stipendien benötigt.

Frau Flake erklärt, dass sich die Änderungen der Leitlinie für die Psychiatrie in der Endphase befindet. Sie hat daher die Hoffnung, dass die Umsetzung durch die Kammern und die Vermittlung an Interessenten zukünftig zu mehr Bewerbungen im ärztlichen Bereich führen werde.

Auf Nachfrage von **Abg. Ofori-Thomas**, erklärt **Herr Hedicke**, dass in der Angebotslandkarte die Angebote jeweils mit ihrem Geschäftssitz dargestellt werden. Einige Angebote, so u.a. der Sozio-psychiatrische Dienst, sind aber kreisweit und auch aufsuchend tätig.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Bericht über die Pflegesituation im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/1158

Herr Fuchs stellt den Teil der Vorlage zum Senioren- und Pflegestützpunkt (SPN), zur Heimaufsicht und zum Handlungskonzept Pflege vor.

Er erklärt auf Nachfrage von **Abg. Brandt**, dass die Inhalte der Beratungen des SPN vielfältig sind. Es wird auch bei Ablehnungen von der Krankenkasse beratend unterstützt und überprüft, welche weiteren Möglichkeiten der Betroffene hat.

Auf Nachfrage von **Vors. Lienau** zur Heimaufsicht, erläutert **Herr Fuchs**, dass insbesondere fehlende bzw. nicht korrekte Pflegedokumentationen ein häufiges Kontrollthema sind.

Der Ausschuss bestätigt, dass die Schwerpunkte des Handlungskonzeptes im Sinne des Fachausschusses bearbeitet werden und die Umsetzung entsprechend fortgeführt werden soll.

Im Anschluss stellt **Frau Brünjes** aus der Vorlage den Teil „Hilfe zur Pflege“ vor.

Zu den Vereinbarungen nach dem SGB IX ergänzt **Frau Colshorn**, dass nach den ersten Informationen mit der aktuellen Pflegereform die Zahl der Leistungsempfänger steigen könnte.

Abg. Brandt fragt, ob die Gründe der Schließung der drei ambulanten Pflegeeinrichtungen bekannt seien. **Herr Fuchs** und **Herr Hedicke** führen aus, dass die Schließungen insbesondere auf finanzielle Gründe zurückzuführen sind. Des Weiteren sind derzeit rund 10 % der Stellen in den Einrichtungen unbesetzt. Zwar führt die tarifliche Erhöhung zu einer besseren Bezahlung des Personals, dennoch könnten nicht immer alle Stellen besetzt werden.

Abg. Mrugalla gibt zu bedenken, dass durchaus qualifiziertes Personal vorhanden sei, welches auch über den Renteneintritt hinaus tätig sein wolle. Deren Beschäftigung sei für manche Einrichtungen jedoch nicht wirtschaftlich, da das qualifizierte Personal entsprechend hohe Lohnkosten verursache.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Bericht des Gesundheitsamtes zu Sonderaufgaben**
Vorlage: 2021-26/1162

Frau König stellt die Vorlage vor.

Abg. Brandt wirbt dafür, die Anzahl der Medizinstipendien zu erhöhen, um langfristig den Fachkräftemangel im ärztlichen Bereich schließen zu können.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

Auf Nachfrage von **Abg. Ofori-Thomas**, erläutert **Frau Colshorn**, dass das Rückfragen zum Wohnungsbauprojekt „Jung kauft Alt“ im Wirtschaftsausschuss verortet sind.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 11 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

Da keine Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Lienau** die Sitzung um 16:44 Uhr.